

**Professor Dr. Wolfgang Böhmer, Präsident des Bundesrates und Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt**  
**Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR am 17. Juni 2003 in Berlin**

Verehrter Herr Bundespräsident!  
Herr Bundestagspräsident!  
Herr Bundeskanzler!  
Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts!  
Exzellenzen!  
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn wir uns heute, am 17. Juni des Jahres 2003, an die Ereignisse von vor 50 Jahren in der ehemaligen DDR in besonderer Weise erinnern, haben wir die Chance, Tatsachen aufzuarbeiten, die uns bisher wenigstens teilweise verborgen waren, und die Ereignisse von damals als einen Gedenktag unserer gemeinsamen gesamtdeutschen Geschichte - hier wiederhole ich Sie, Herr Bundestagspräsident - zu begreifen.

Wir wissen wohl: Die Menschen in Ost und West haben die Geschehnisse von damals in unterschiedlicher Weise erlebt. Sie wurden zum Feiertag für die einen und blieben ein Arbeitstag für die anderen. Diejenigen, die am 17. Juni 1953 in der DDR demonstriert hatten, mussten darüber möglichst schweigen und wie immer arbeiten, während diejenigen, die die Ereignisse aus größerer Entfernung beobachtet hatten, ihrer gedenken durften und dafür frei bekamen. Eine Auswertung der Reden, die in den vergangenen Jahrzehnten anlässlich dieses Tages gehalten wurden, würde einen wahrscheinlich aufschlussreichen Perspektivwechsel während dieser fünf Jahrzehnte ergeben.

In der Erinnerung und im Bewusstsein der Menschen in beiden Teilen Deutschlands haben sich die Ereignisse von damals in sehr unterschiedlicher Weise eingepägt. Eine repräsentative Befragung unter Jugendlichen in allen Teilen Deutschlands – die hoffentlich nicht signifikant ist - soll ergeben haben, dass 83 Prozent der Befragten mit dem Datum eigentlich nichts anfangen konnten. Dies sind Umstände, die die Zeitzeugen von damals und die Generation derjenigen, die sich noch persönlich erinnern können, als Aufgabe begreifen müssen.

Inzwischen stehen fast alle Archive zur wissenschaftlichen Auswertung zur Verfügung und die noch lebenden Zeitzeugen haben ihr Schweigen, das sie sich zum Selbstschutz auferlegt hatten, gebrochen. In der letzten Zeit sind eine größere Zahl von Dokumentationen veröffentlicht worden und wissenschaftliche Aufarbeitungen erschienen, die eine eindrucksvolle neue Bewertung dieses historischen Datums begründen.

Was auf der einen Seite als eine von außen induzierte faschistische Provokation diffamiert und auf der anderen Seite von Außenstehenden als machtvoller Volksaufstand heroisiert wurde, erscheint uns heute als eine multifokale, aber unorganisierte, als eine emotional-sporadische, aber durchaus bewusst politische Protestbewegung gegen ein System staatlicher Volksbeglückung.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Phänomenologie der Einzelereignisse ist, denke ich, inzwischen ausreichend aufgearbeitet und bekannt. Die politische Machtsicherung durch die sowjetischen Panzer konnte nicht verborgen werden, die Zahl der ohne oder mit Gerichtsurteil vollstreckten Todesurteile dürfte inzwischen ermittelt sein. Die Einordnung in die gesamtgesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge und deren Wertung sind es, die wir auch für die zukünftigen Generationen bewahren müssen.

Die Entwicklung begann bereits ein Jahr vorher. Sie begann im Juli 1952, als von der SED der „planmäßige Aufbau der gesetzmäßigen Grundlagen des Sozialismus“ beschlossen wurde. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es ging nicht um gesetzliche Grundlagen, sondern um so genannte gesetzmäßige, weil man glaubte, damit gleichsam ein allgemeines, historisches, gesellschaftspolitisches Naturgesetz zu erfüllen.

Niemand wusste genau, was das sein würde. Aber alle Berichte der damaligen Zeit verkündeten den Aufbau einer vollkommen neuen Gesellschaftsepoche ohne Ausbeutung und Eigennutz, einer Gesellschaft ohne Ungleichheit und mit immer vollkommenerer sozialer Gerechtigkeit.

Umgesetzt wurde das mit dem Beginn der Kollektivierung in der Landwirtschaft, der Strangulierung verbliebener Reste der Privatwirtschaft, der Einschränkung noch privater Handelsbetriebe und der staatlichen Reglementierung aller freien Berufe. Selbstständige Unternehmer und Geschäftsleute galten als so genannte kapitalistische Elemente und Reste einer Gesellschaftsordnung, die zu überwinden war. Sie bekamen als Erste keine Lebensmittelkarten mehr. Ihren Kindern wurde die Bildung an weiterführenden Schulen verwehrt. Die Folge dieser und vieler anderer Maßnahmen war eine erste große Fluchtwelle, die damals auch zum Aufbau des Notaufnahmелagers Marienfelde führte, dessen 50-jährige Existenz nicht zufällig in dieses Jahr fällt.

Das war schließlich selbst den sowjetischen Machthabern in Moskau zu viel. Die Spitze der DDR-Administration wurde Anfang Juni 1953 zum Rapport bestellt und musste eigene Fehler öffentlich zugeben. Die Rücknahme einzelner Entscheidungen wurde Anfang Juni als so genannter Neuer Kurs deklariert. Arbeiter auf einigen Großbaustellen in Berlin forderten ab 15. Juni zunächst nichts anderes als die Rücknahme der angeordneten Normerhöhungen um zehn bis 30 Prozent. Als darauf nicht reagiert wurde, kam es am 16. Juni zu unabgestimmten Streikaktionen an vielen Stellen und am 17. Juni zu Demonstrationen, die dann sofort grundsätzliche politische Veränderungen zum Ziel hatten. Schon die Berliner Bauarbeiter skandierten auf der Straße:

„Kollegen, reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“

Während über die Ereignisse aus Ostberlin durch die Berichte Westberliner Rundfunkanstalten viele Einzelheiten bekannt waren, gab es aus anderen Orten der ehemaligen DDR nur gerüchteweise Informationen, die keinen Gesamtüberblick ermöglichten. Inzwischen wissen wir, dass es in über 700 Städten und Gemeinden der ehemaligen DDR zu Demonstrationen und Streiks gekommen war. Insgesamt dürften etwa eine Million Menschen daran beteiligt gewesen sein, etwa die Hälfte davon in den mitteldeutschen Wirtschaftsregionen zwischen Leipzig/Halle und Magdeburg. Über 250 öffentliche Verwaltungsgebäude sind erstürmt worden, aus zwölf Haftanstalten wurden knapp 1.400 Häftlinge befreit. In Görlitz und Bitterfeld wurden die Bürgermeister abgesetzt und durch Arbeitervertreter ersetzt. Die wenigsten der damaligen Aktiven wollten Helden sein. Ein Verwandter von mir hat in einem kleinen Dorf bei Görlitz nichts anderes gemacht, als die DDR-Fahne vom Mast geholt und sie dem Bürgermeister auf die Schulter gelegt mit den

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Worten: Die kannst du dir mit nach Hause nehmen, die brauchen wir nicht mehr. - Dafür wurde er mit zehn Jahren Zuchthaus bestraft. Neuneinhalb Jahre davon musste er absitzen. Als er entlassen wurde, war er krank; er ist wenige Monate danach verstorben.

Erst vor kurzem ist in einem Archiv das Originaltelegramm der Bitterfelder Arbeiter an die Regierung gefunden worden. In zehn Punkten forderten sie unter anderem: Rücktritt der Ulbricht-Regierung, Beseitigung der Schlagbäume und freier Reiseverkehr in Deutschland, Zulassung der im Westen befindlichen demokratischen Parteien, Wahl einer gesamtdeutschen Regierung, Freilassung der aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierten, Meinungs- und Pressefreiheit. In öffentlichen Reden zu diesen Forderungen wurde eine elfte angefügt, nämlich die, dass das Deutschlandlied ab sofort auch unsere Nationalhymne sein sollte.

Die hilflose DDR-Regierung flüchtete zur sowjetischen Militärkommandantur nach Berlin-Karlshorst und diese reagierte, wie Sie alle wissen, sofort. In 167 der insgesamt 217 Land- und Stadtkreise der ehemaligen DDR verhängte die sowjetische Militäradministration den Ausnahmezustand. 18 standrechtliche Erschießungen sind belegt.

13.000 bis 15.000 Personen wurden festgenommen. Verurteilt wurden von DDR-Gerichten etwa 1.800, durch sowjetische Militärgerichte 500 bis 750 Personen. Dass 1961 alle Bundesländer des westlichen Teils Deutschlands eine Zentrale Erfassungsstelle für Menschenrechtsverletzungen in der DDR eingerichtet haben, hat es nicht wenigen ehemaligen Häftlingen ermöglicht, später über ihr persönliches Schicksal zu berichten. Innerhalb der DDR ist dies mit heimlicher Genußtuung registriert worden.

Zu jedem Zeitpunkt konnten sich die um mehr Freiheit Kämpfenden in Ostdeutschland auf Unterstützung und Hilfe in und von Westdeutschland verlassen. Alle, die Ostdeutschland freiwillig oder unfreiwillig verlassen hatten, fanden in Westdeutschland Hilfe und Unterstützung. Ich möchte ganz bewusst sagen: Es ehrt die Millionen, dass sie das damals als selbstverständlich empfunden haben. Aber so selbstverständlich war es nicht, dass wir heute an dieser Stelle nicht auch daran erinnern sollten. Insofern ist dieser Tag der gemeinsamen Geschichte eben nicht nur ein Tag gemeinsamen Erinnerns, sondern im besten Sinne des Wortes ein gesamtdeutscher Gedenktag.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Für die DDR-Führung gab es nur zwei öffentlich formulierte Konsequenzen.

Erstens: Nie wieder eine öffentliche Fehlerdiskussion zuzulassen.

Zweitens: Den Klassenkampf im Inneren durch ein ausgebautes System der Überwachung der eigenen Bevölkerung verstärkt fortzusetzen.

Genauso wenig wie später die Machthaber anderer sozialistischer Staaten wollten die in der DDR Verantwortlichen akzeptieren, dass die von ihnen regierten Menschen nicht bereit waren, sozialutopischer Heilsversprechungen wegen auf persönliche Freiheiten zu verzichten. Viele der damaligen Aktiven haben harte Strafen und Repressalien hinnehmen müssen. Sie, sofern sie heute noch leben, als Opfer von Unterdrückung und Willkür mit einer Ehrenpension zu ehren, sollte - das möchte ich doch auch sagen dürfen - für uns ein lösbares Problem und eine gemeinsame Verpflichtung sein.

In der damaligen DDR kam es zu einer rigorosen ideologischen Aufarbeitung dieser Ereignisse. Zu den größten Demütigungen, an die ich mich persönlich erinnere, gehört die Aufforderung, mich vor der gesamten Schülerschaft der damaligen Oberschule wegen meiner Zugehörigkeit zur „Jungen Gemeinde“ öffentlich zu schämen und mich von dieser

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Zugehörigkeit zu distanzieren. Ich habe das zwar nicht getan, aber ich muss zugeben, dass ich dabei recht kleinlaut auf mich selbst keinen besonders guten Eindruck gemacht habe.

Auch wenn die Aktionen am 17. Juni 1953 zunächst erfolglos blieben, hatten sie doch Langzeitwirkung. Es kam, wie schon erwähnt wurde, zu ähnlichen Aufständen 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei. Sie fanden ihre Fortsetzung in der Solidarnosc-Bewegung in Polen und in der friedlichen Revolution des Jahres 1989. Über die freiheitlichen Bestrebungen in Russland wissen wir von vielen Zeitzeugen, aus Solschenizyns „Archipel GULAG“ und vielen anderen Zeugnissen.

Wenn wir uns heute darüber unterhalten, welcher nationale Gedenktag denn eigentlich der richtige sei - dies ist bereits angesprochen worden -, halte ich das für eine müßige Diskussion. Wir feiern am 3. Oktober, was wir am 17. Juni 1953 begonnen haben, und gedenken am 17. Juni nicht nur der Opfer von damals, sondern auch des Erfolgs vom 3. Oktober 1990.

Immer und überall war es ein Aufbegehren gegen die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte, mit der eine angeblich größere und höhere soziale Gerechtigkeit in einer neuen Gesellschaft aufgebaut werden sollte. Niemand, glaube ich, hat dies treffender umschrieben als Karl Popper in seiner Abhandlung über die offene Gesellschaft: „Aber von allen politischen Idealen ist der Wunsch, die Menschen glücklich zu machen, vielleicht der gefährlichste ... Der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.“

Das Gesellschaftsexperiment DDR ist inzwischen Geschichte. Aber auch zukünftige Generationen werden mit den Problemen unserer Ungleichheit, mit sozialen Spannungen und Konflikten leben müssen. Niemals waren Menschen immun gegen politische Heilsversprechungen und sie werden es auch zukünftig nicht sein. Wenn wir auch keine perfekte Lösung für die denkbaren Probleme der Zukunft haben, so sollten wir doch vor einer Wiederholung von Irrwegen der Vergangenheit warnen. Aus diesem und vielen anderen Gründen müssen wir das Gedenken an die Ereignisse des 17. Juni 1953 unter uns und für zukünftige Generationen bewahren - ein Tag des gemeinsamen Gedenkens an ein unterschiedlich erlebtes Ereignis unserer gemeinsamen Geschichte. Wenn uns dies gelingt, dann werden die Opfer und das unsagbare menschliche Leid von damals nicht vergeblich gewesen sein.

Es ist mir nun eine besondere Ehre und Freude, auch im Namen meines Kollegen, des Herrn Bundestagspräsidenten Thierse, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, anlässlich des heutigen Tages die Festrede zu halten.

*[Quelle: BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG Nr. 49-2, 17. Juni 2003.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---